

.....
Luzerner Staatspersonalverband
.....

... **Lspv** Newsletter

April 2010

98. Generalversammlung Verbandsjahr 2009:

Mitglieder forderten drastischere Mittel vom Verband nach den Verhandlungen im Kantonsrat zur Sanierung der Pensionskasse und den bewilligten bescheidenen Lohnerhöhungen für das Staatspersonal. Peter Dietschi, Präsident des Lspv nahm die Kritik auf, betonte aber an der GV, dass der Verband in den fast 100 Jahren seines Bestehens mit Beharrlichkeit und dem Einhalten der Sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeitsvereinbarung viel erreicht hat und auch in Zukunft nur in "Notfällen" zu drastischen Mitteln wie Streiks, Arbeitsniederlegungen usw. aufrufen werde.

Erhalt und Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Löhnen

Der Verband appelliert an den Arbeitgeber, dass er erkennt, dass auch bei der öffentlichen Hand das wichtigste Kapital des Unternehmens das Personal darstellt und dass der Arbeitgeber zu einer personalfreundlicheren und zukunftsgerichteteren Lohn- und Personalpolitik zurückfindet.

Revision Besoldungssystem

Der Verband fordert, das Besoldungssystem zu überprüfen, damit der gewährte Lohnerhöhungsbeitrag am Ende des Jahres nicht wie in den letzten Jahren für die Korrektur des Besoldungssystems missbraucht werden muss. Immerhin gibt das eingereichte Postulat von Kantonsrat Bruno Schmid - das eine Auslegeordnung des Systems fordert - zu gewissen Hoffnungen Anlass.

Lohnerhöhungen sind gerechtfertigt

Die aufgelaufene Altlast bei den Löhnen soll endlich - zumindest schrittweise - abgebaut werden. Die hervorragenden Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre würden dies zulassen. Stattdessen wurde im Kantonsrat sogar die Aufhebung des Luzerner Index beschlossen und alle damit verbundenen Forderungen sistiert, was enttäuschend und respektlos gegenüber allen Staatsangestellten ist, die mit ihren Leistungen zu den guten Jahresabschlüssen des Kantons Luzern der letzten Jahre beigetragen haben.

Für 2011 sollen unmittelbar dort Massnahmen eingeleitet werden, wo keine konkurrenzfähigen Löhne mehr bezahlt werden und deshalb Personal nur noch schwierig rekrutiert werden kann. Solche Probleme und Strukturprobleme des Besoldungssystems können mit dem im IFAP angegebenen Lohnsummenzuwachs von 2% (1,5% und 0,5% Mutationseffekt) nicht ins Lot gebracht werden. Dafür sind deutlich mehr Mittel notwendig. Es wurde deshalb an der letzten Sitzung der Paritätischen Personalkommission mit dem Finanzdirektor ein **Lohnzuwachs von 3% für folgende Massnahmen verlangt:**

Budgetvorgabe IFAP 2010 bis 2014 (B121)

Anpassung der Besoldung linear und individuell (IBA)

1,5% Lohnanpassung und 0,5% Mutationseffekt = **2%**

Beitrag für zurückhaltende Lohnanpassungen in guten Jahren Generelle Lohnerhöhung, damit auch (ältere) Mitarbeitende, die im Maximum des Lohnbandes stehen und seit Jahren keine indiv. Lohnerhöhung erhalten haben, auch über den Lohn wieder Wert-schätzung für ihre Arbeit erfahren = **0,5%**

Beitrag für Bewirtschaftung Besoldungssystem resp. erste Sofortmassnahme für die Behebung von strukturellen Problemen einzelner Berufs- und Funktionsgruppen = **0,5%**

Allerdings haben Regierungsrat und Kantonsrat bereits unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass sie die Steuersenkungs-politik der letzten Jahre kompromisslos weiterführen wollen und dass die Lohnforderungen nicht erfüllt werden können. Auch für 2011 und 12 sind Sparmassnahmen von 62 Mio Franken angekündigt, die vom Staatspersonal wohl oder übel mitzutragen sind! Die Forderung nach Gewährung einer weiteren Ferienwoche (ev. Verwirklichung auf mehrere Jahre verteilt) wird deshalb noch länger auf sich warten lassen.

Präsident Peter Dietschi wies darauf hin, dass die Staatsange-stellten vermehrt realisieren müssen, dass sie mit ihrem **Wahlzettel** ein demokratisches Mittel in den Händen haben, das grundsätzlich genügend Potential bietet, um **Veränderungen in der Personalpolitik** herbeizuführen.

Es ist bald wieder Gelegenheit, dieses Mittel zu nutzen!

Helga Christina Stalder, Geschäftsführerin Lspv